



NEWSLETTER



KAS MADRID

04. FEBRUAR 2013

AUSLANDSBÜRO FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

NEWSLETTER
MADRID AKTUELL
FEBRUAR 2013

THOMAS BERND STEHLING
www.kas.de/spanien

Neue Skandale belasten Spanien

Zwei schwerwiegende Skandale belasten gegenwärtig die beiden spanischen EVP-Mitgliedsparteien Partido Popular (PP) und Unió Democràtica de Catalunya (UDC). Sie gefährden die Autorität und Entscheidungsfähigkeit ihrer Führungen sowie das Ansehen und die Akzeptanz der demokratischen Institutionen in Spanien insgesamt. Damit stellen sich für das Land neue, zusätzliche Probleme zu denen, die Spanien ohnehin schon beschweren.

Im Mittelpunkt der Vorwürfe gegen den Partido Popular stehen Veröffentlichungen zweier maßgeblicher Zeitungen Spaniens, „El País“ und „El Mundo“, nach denen der PP über Jahre hinweg „schwarze Kassen“ geführt habe, gespeist aus zumeist illegalen Spenden der Bauindustrie und genutzt u.a. für Zahlungen in „Umschlägen mit Bargeld“ an nahezu die gesamte Parteispitze. „El País“ hat dazu die Kopie handschriftlicher Notizen veröffentlicht, die angeblich von dem früheren Schatzmeister Luis Bárcenas stammen und detailliert aufführen, von wem Geld erhalten und an wen Geld gezahlt wurde. Von Medien eingeholte graphologische Gutachten sollen die Echtheit der Dokumente belegen, die sich über einen Zeitraum von 1990 bis 2008 erstrecken, mit Ausnahme der Jahre 1993-1996.

Zusätzliches Gewicht erhalten die Veröffentlichungen dadurch, dass sich die vermeintlichen Zahlungen auch auf Regierungsmitglieder aus den beiden Amtszeiten von Ministerpräsident Aznar (1996-2004) beziehen, also Amtsträger, die auf Entscheidungen zugunsten der Spender hatten Einfluss nehmen können oder genommen haben. Unter ihnen sind u.a. der jetzige Regierungschef Mariano Rajoy, der ehemalige Wirtschaftsminister Rodrigo Rato und Ex-Innenminister Jaime Mayor Oreja (jetzt MEP). Sie sollen zwischen 1997 und 2008 vierteljährlich jeweils zwischen 6.300 und

6.850 Euro erhalten haben, Rajoy pro Jahr 25.200 Euro.

Die Bewertung der Vorgänge wird nicht dadurch erleichtert, dass die jetzige Führung der Volkspartei die Vorwürfe kategorisch bestreitet, während einzelne Politiker des PP den Empfang der in den Dokumenten für sie aufgeführten Summe bestätigen. Der Präsident des spanischen Senats, Pio García Escudero, sprach von einem „Kredit“, den er inzwischen zurückgezahlt habe.

Demgegenüber erklärte Ministerpräsident Rajoy am Samstag (2.2.) nach einer Sondersitzung des Exekutivrates seiner Partei in einer vom Fernsehen übertragenen Erklärung, er könne seine Antwort in zwei Worten zusammenfassen: „Es falso“ (es ist falsch). Niemals habe er illegale Gelder angenommen oder verteilt. Nicht wegen des Geldes sei er in die Politik gegangen, sondern um seinem Land zu dienen. Dafür habe er seinerzeit eine besser bezahlte Beamtenkarriere aufgegeben. Nun wolle er durch volle Transparenz alle Vorwürfe aufklären und Zweifel beseitigen.

Zum Wochenbeginn will Rajoy seine Steuererklärungen aus den betroffenen Jahren auf der Regierungs-Website veröffentlichen. Ob dies die gewünschte beruhigende Wirkung erzielen kann, erscheint fraglich, da es wohl auch in Spanien zum Wesen von illegal geleisteten oder empfangenen Zahlungen gehört, dass diese sich selten in Steuererklärungen wiederfinden. So deutet vieles darauf hin, dass die politische und rechtliche Auseinandersetzung zu den Veröffentlichungen erst am Anfang steht.

Während einzelne Persönlichkeiten aus der angeblichen Empfängerliste Klagen gegen „El País“ angekündigt oder in Briefen eine Richtigstellung eingefordert haben, hat Generalstaatsanwalt Eduardo Torres-Dulce bereits öffentlich eine Untersuchung der Vorgänge für wahrscheinlich erklärt.

Zu den unbeantworteten Fragen zählt dabei, wer Urheber der Enthüllungen war und welche Motive damit verbunden sind.

Die Generalsekretärin und andere führende PP-Politiker sprechen von einer Kampagne, welche Partei und Regierung in schweren Zeiten diskreditieren solle. Sollte dies tatsächlich die Intention gewesen sein, ist ein Erfolg dieser Strategie wahrscheinlich. Bei Demonstrationen vor der PP-Zentrale und in Unterschriften-Aktionen im Internet fordern bereits mehrere hunderttausend Petenten den Rücktritt der Regierung. Wenn, was zu erwarten steht, über Wochen hinweg täglich neue Anschuldigungen, Widersprüche und Gerüchte ans Licht kommen, droht der Regierung von Mariano Rajoy mit dem Autoritätsverlust auch die Kraft für die weitere Umsetzung von einschneidenden, unpopulären Reformen verloren zu gehen.

Der zweite Skandal betrifft die UDC, Teil des Regierungsbündnisses „Convergència i Unió“ (CiU) in Katalonien. Sie musste am Ende eines mehrjährigen Prozesses jetzt anerkennen, dass die Partei illegale Zuwendungen in Höhe von mehreren hunderttausend Euro von einem Unternehmer aus Andorra erhalten hat. Fidel Pallerols hatte zwischen 1994 und 1999 insgesamt rund neun Millionen Euro aus EU-Mitteln erhalten, die ihm von UDC-Mitarbeitern in der Abteilung für Arbeit der Generalitat von Katalonien zugeteilt worden waren. Nach Ansicht des Gerichts, das sich mit der Aufklärung und Bewertung des Falls über zehn Jahre Zeit gelassen hatte, sind zehn Prozent der an Pallerols gezahlten Mittel im Ergebnis UDC zugute gekommen. Identifiziert wurden u.a. rund 40.000 Euro für die Möblierung von Parteibüros und rund 160.000 Euro für Mitarbeiter-Gehälter.

Mit der Rückzahlung einer Teilsumme von rund 380.000 Euro ist die rechtliche Aufarbeitung dieses Falles abgeschlossen. Die politischen Folgen sind unabsehbar.

In beiden Fällen bietet sich den Spaniern ein eher bedrückender Ausblick auf die politische und institutionelle Wirklichkeit sowie die Alternativen, die dem Land jetzt Einigkeit und Vertrauen vermitteln könnten.

Obwohl Oppositionschef Alfredo Pérez Rubalcaba am Sonntag den Rücktritt von Rajoy forderte, weiß

die PSOE-Führung nur zu genau, dass die Partei als moralisches Vorbild nicht taugt.

Über 90% der Befragten in einer jüngsten Umfrage machen denn auch keinen Unterschied zwischen den Parteien aus, wenn es um Korruption und Politik in Spanien geht.

Die Justiz muss sich in den Augen der Bevölkerung erst noch den Ruf erwerben, dass sie unabhängig und unparteiisch nach Recht und Gesetz ermittelt und urteilt. Dass sie als stabilisierender Pfeiler im spanischen Demokratiegebäude empfundener werden könnte, erscheint gegenwärtig eher unwahrscheinlich.

Das Königshaus ist auch nur noch begrenzt Klammer einer Gesellschaft, die das Trennende gegenwärtig deutlicher vor Augen hat, als das, was verbindet und zusammenhält. Dazu trägt vornehmlich ein Korruptions-Strafverfahren gegen den Schwiegersohn des Königs bei, aber auch dessen eigene Lebensführung.

Während die Arbeitslosigkeit im Lande weiter steigt und mehr als die Hälfte aller Jugendlichen unter 26 Jahre keine berufliche Perspektive hat, muss es den meisten Spaniern als ausgesprochen zynisch erscheinen, dass viele der Verursacher oder Begünstigten der Wirtschaftskrise offenkundig weitgehend unberührt von ihren Folgen bleiben. Insofern wirken die jetzt öffentlich gewordenen Vorhaltungen wie ein Brandbeschleuniger.

Luis Bárcenas, dessen vermeintliche Aufzeichnungen den PP in die aktuelle Krise gestürzt haben, war für nahezu zwanzig Jahre für die Partei tätig. Im April 2010 war er von Rajoy durch Romay Beccaria, der heute Präsident des „Consejo de Estado“ ist, ersetzt worden, nachdem Anklage gegen ihn im sog. „Fall Gürtel“ erhoben worden war, einem weiteren Korruptionsskandal, in den PP-Politiker einbezogen sind. Nun ist Bárcenas ein Konto in der Schweiz mit 22 Mio. Euro zugeordnet worden. Nach Einführung einer Steueramnestie durch die gegenwärtige Regierung hat Bárcenas den Meldungen zufolge knapp die Hälfte dieser Summe zu einem geringen Steuersatz wieder nach Spanien transferiert.

Rodrigo Rato, als Wirtschafts- und Finanzminister unter Aznar angeblicher Empfänger von Zusatzzahlungen aus „schwarzen Kassen“, war später

NEWSLETTER
MADRID AKTUELL
FEBRUAR 2013

THOMAS BERND STEHLING
www.kas.de/spanien

Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds, ein Amt, das er nach drei Jahren aus persönlichen Gründen abgab. Ab Januar 2010 wurde er Chef der Sparkasse Caja Madrid. Er formte aus sieben schwächelnden Finanzinstituten den Finanzriesen „Bankia“ und brachte ihn, gegen vielerlei Ratschläge, an die Börse. Tausende Kleinanleger verloren ihr Vermögen und die Bank musste mit Milliarden vom Steuerzahler gerettet werden. Die „Washington Post“ nannte Rato einen der fünf schlechtesten CEOs des Jahres 2012.

Noch zu Beginn des gegen ihn eingeleiteten Betrugsverfahrens stellte ihn der spanische Telekommunikationsriese Telefonica als Berater für Lateinamerika und Europa ein. Es ist dieselbe Firma, die auch den Schwiegersohn des Königs Iñaki Urdangarin ein einträgliches Auskommen als Berater mit Sitz in Washington verschaffte, als 2006 erstmals ein Korruptionsverdacht gegen ihn bekannt wurde.

Auch für Spanien bleibt die Hoffnung auf die selbstheilenden Kräfte der Demokratie. Dass sich bei der Aufarbeitung der gegenwärtigen Affären jedenfalls in den Medien die bislang strikte „links-rechts“-Trennung aufzulösen scheint, könnte ein Beginn sein.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 34, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de
www.kas.de/spanien